

*CONSEIL FÉDÉRAL*  
*Procès-verbal de la séance du 13 décembre 1894*

5070. Zollfreie Zonen

Departement des Auswärtigen (Handel).  
Bericht und Vortrag vom 5. und 9. Dezember. Zolldepartement.

Bericht vom 11. dies.  
Landwirtschaftsdepartement. Bericht vom 12. dies.

Vertraulich

Das Departement des Auswärtigen hat dem Bundesrate in der Sitzung vom 6. Dezember einen Bericht über die Erklärungen unterbreitet, welche die Abordnung des Genfer Staatsrates am 1. dies vor den Vorstehern der Departemente des Auswärtigen, der Zölle und der Landwirtschaft abgegeben hat.<sup>1</sup>

Dieselbe formulierte im wesentlichen das Begehren, es möchten die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Zonen, Vieh und Wein, ohne Beschränkung zum Vertragstarif zugelassen werden, unter Vorbehalt der erforderlichen Kontrollmassregeln. Die Abordnung hält dafür, dass dieser Schritt sofort, ohne Rücksicht auf allfällige Unterhandlungen über ein neues Handelsabkommen mit Frankreich zu thun sei. Sie erinnerte daran, dass die Motion Ador nur auf Grund der vom Bundesrate abgegebenen Erklärung, die Angelegenheit werde zum Gegenstande einer erneuten Prüfung gemacht, zurückgezogen worden sei. Sie wies darauf hin, dass die Bevölkerung Genfs und der Zonen auf den Moment des Wiederzusammentritts der Bundesversammlung einen Beschluss oder wenigstens eine Mitteilung erwartet habe. Vom Staatsrat und den genferischen Vertretern in der Bundesversammlung sei bis jetzt alles gethan worden, um das Vertrauen zum Bundesrate und zu dessen Vorlage zu erhalten und vorzeitige Massendemonstrationen zu verhindern. Die Erregung infolge der drohenden Aufhebung der Zone und der Passivität des Bundesrates wachse indessen von Tag zu Tag, und die Vertreter des Kantons seien nicht länger im Stande, den Ausbruch des Volksunwillens zu unterdrücken und die Verantwortlichkeit für die Situation zu behalten. Von den Kammerdeputierten und Senatoren von Hoch-Savoyen und Ain sei erklärt worden, dass sie von Stund an die Aufhebung der Zonen beantragen werden, wenn ihnen die volle Meistbegünstigung länger vorenthalten bleibe. Diese Erklärung habe in Genf allgemeine Besorgnis erregt. Zudem sei bekannt, dass die französische Regierung dem Bundesrate ein umfassendes Kontrollsystem in aller Form offeriert habe, so dass die Verantwortlichkeit für eine längere Verzögerung in den Augen des Volkes ausschliesslich auf

---

1. Cf. n° II.

den Bundesrat falle. Wenn die Regierung von Genf bis Mitte dieses Monats keine Antwort erhalte, so bleibe den genferischen Abgeordneten zur Entlastung von ihrer Verantwortlichkeit nur die Alternative, entweder durch eine Interpellation eine grosse öffentliche Debatte zu provozieren oder aber mit einem motivierten Beschluss den Saal zu verlassen.

Das Departement des Auswärtigen, Handelsabteilung, erstattet nun über die Frage einlässlich Bericht und beantragt:

1) es sei dem Nationalrat schriftlich mitzuteilen, dass der Bundesrat die unbeschränkte Zulassung der Erzeugnisse des Bodens und der Landwirtschaft aus den zollfreien Zonen von Hochsavoyen und der Landschaft Gex zu den Ansätzen des Konventionaltarifs beschliessen werde, sobald er einen Kontrollmodus für die Ursprungsbestimmung dieser Erzeugnisse festgestellt haben werde;

2) es seien die Departemente der Zölle und der Landwirtschaft zu beauftragen, diesen Kontrollmodus vorzubereiten behufs Vollziehung des unter 1 genannten Beschlusses, und dem Bundesrate Bericht zu erstatten.

In seinem Berichte lässt sich das Landwirtschaftsdepartement dahin vernehmen, dass es nur eine Garantie gebe gegen den Missbrauch der unbeschränkten Zulassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus den Zonen nach der Schweiz, und zwar die Verlegung der Schutz- und Zollgrenze an die französische Grenze, aber daran sei nicht zu denken. Die Ausstellung von Ursprungszeugnissen durch die Maires könne nicht Zutrauen verdienen und die französischen Douaniers haben wohl ein Interesse an der Verhütung der Durchführung schweizerischer Erzeugnisse durch die Zone nach Frankreich, nicht aber daran, den Übertritt französischer Erzeugnisse durch die Zone nach der Schweiz zu verhindern.

Das Departement möchte daher Festhalten an der Begrenzung der Einfuhr von Bodenerzeugnissen aus den Zonen, als einziges Mittel, um zu verhüten, dass die Schweiz mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Frankreich überschwemmt werde und um die Stellung der Schweiz im Zollkrieg gegen Frankreich nicht zu schwächen.

Das Zolldepartement kommt in seinem Berichte ebenfalls zum Schlusse, dass ihm keine Mittel zu Gebote stehen, um bei Gestattung der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Zonen in unbeschränkter Menge eine auch nur einigermaßen zuverlässige Kontrolle ausüben zu können.

Heute beantragt aber der Vorsteher des Zolldepartements, gegenüber dem Antrag des Departements des Auswärtigen, es sei an die Regierung von Genf ein konfidentielles Schreiben zu erlassen des Inhalts, der Bundesrat könne im jetzigen Moment auf die Zonenfrage nicht eintreten, wenn aber die neuen Tarifunterhandlungen mit Frankreich ohne Resultat sein sollten, halte der Bundesrat es in seiner Pflicht, die Zonenfrage für sich in Behandlung zu nehmen und in der auf den eventuellen Abbruch der Verhandlungen nächstfolgenden Bundesversammlung zu einer Lösung zu bringen.

Nach gewalteter Diskussion und nach Ablehnung eines Eventualantrages des Hrn. Bundespräsidenten, im Antrage des Departements des Auswärtigen vor dem Worte «Zulassung» das Wort «*versuchsweise*» und anstatt «sobald» «*sofern*» zu setzen, pflichtet der Rat mit 5 gegen 1 Stimme dem Antrag des Zolldepartements bei, vorbehaltlich endgültiger Redaktion durch die Chefs des Departements des Auswärtigen, des Zoll- und des Landwirtschaftsdeparte-

ments, immerhin in dem Sinne, dass, falls irgend ein Mitglied dieser Kommission mit der Redaktion nicht einverstanden sein sollte, die Frage wieder vor den Rat gebracht werden könne.<sup>2</sup>

## ANNEXE 1

## CONSEIL FÉDÉRAL

E 1004 1/179

*Procès-verbal de la séance du 15 décembre 1894*

## 5103. Zollfreie Zonen

Vertraulich

Departement des Auswärtigen (Handel)  
Vorträge vom 14. u. 15. dies.

Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, Hr. Bundesrat Lachenal, stellt heute den Antrag, auf den Beschluss des Bundesrates vom 13. ds. Mts. zurückzukommen<sup>3</sup>, das Schreiben an den Staatsrat des Kantons Genf nicht abgehen zu lassen, vielmehr dem Antrage des Departements des Auswärtigen vom 9. dies<sup>4</sup> Folge zu geben.

Dieser Antrag wird mit 5 gegen 1 Stimme abgelehnt.

Das Departement des Auswärtigen gibt hierauf die Erklärung zu Protokoll, dass es die Verknüpfung der Zonenangelegenheit mit dem Schicksal der Handelsvertragsunterhandlungen als einen staats- und wirtschaftspolitischen Fehler betrachtet, welcher unter Umständen die bedauerlichsten Folgen nach sich ziehen kann, und dass es sich daher, gestützt auf die Ausführungen in seinem Vortrage vom 14. Dezember zu seinem Bedauern genötigt sieht, die Verantwortlichkeit für eine Verschiebung der Zonenangelegenheit bis zum Ausgange der Verhandlungen mit Frankreich abzulehnen, weil im Falle des Scheiterns der Unterhandlungen sofort Konstellationen entstehen können, welche eine befriedigende Lösung der Zonenfrage für lange Zeit oder für immer verunmöglichen.

Hierauf wird auf Antrag des Departements des Auswärtigen, Handelsabteilung, folgendes Schreiben an den Nationalrat beschlossen:

«Wir haben Ihnen unterm 16. Juni d. J. mitgeteilt, dass wir die hohe Bedeutung, welche der Motion *Ador-Favon* zukommt nicht verkennen, angesichts der widersprechenden Kundgebungen über diese Angelegenheit aber eine neue und allseitige Prüfung derselben vornehmen müssen.

Die Motion wurde zurückgezogen. Wir sind indessen von den Abgeordneten des Kantons Genf dringend ersucht worden, der Bundesversammlung das Ergebnis unserer Untersuchung über die Möglichkeit einer unbeschränkten Zulassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Zonen zum Vertragstarif, vorbehältlich einer genügenden Kontrolle des Ursprungs, mitzuteilen.

Wir haben der Regierung von Genf, welche sich ihrerseits an uns wendete, die besondern Gründe dargelegt, welche uns verhindert haben, den eidgenössischen Räten noch im Laufe dieser Session eine Vorlage über die Zonenfrage zu machen. Wir hegen jedoch die bestimmte Hoffnung, in Bälde eine Lösung dieser Frage vorlegen zu können, welche alle Interessen zu befriedigen geeignet ist.»

2. Dans la séance du 15 décembre 1894, le Conseil fédéral discute à nouveau sa réponse au canton de Genève à propos de la question des zones. Cf. annexe 1 au présent document. La réaction du Conseil d'Etat de Genève à cette réponse du Conseil fédéral, datée du 15 décembre 1894, est reproduite en annexe 2 au présent document.

3. Cf. E 1004 1/179, 5070.

4. Cf. n° 158.

13 DÉCEMBRE 1894

351

## ANNEXE 2

E 2/1661

*Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève  
au Conseil fédéral<sup>5</sup>*

Copie

Genève, 16 décembre 1894

Le Conseil d'Etat a lu avec la plus grande attention votre office du 13 ct. et reçu hier soir 15 ct. à 7 heures.<sup>6</sup> Contrairement à notre désir, vous nous faites savoir que vous ne pouvez pas donner actuellement une solution à la question des zones. Votre attitude est dictée, nous dites-vous, par les démarches faites auprès de vous par le gouvernement français en vue d'aboutir par un arrangement à la reprise des relations commerciales entre les deux pays. Les pourparlers engagés exigeant le plus grand secret, vous nous faites cette communication à titre absolument confidentiel.

Vous affirmez votre ferme intention d'employer toutes vos forces pour arriver à une solution satisfaisant les intérêts généraux du pays et rétablissant tout naturellement et sans aucune espèce d'entrave au trafic, les anciennes relations de Genève avec les zones.

Vous déclarez en terminant que si contre votre attente les pourparlers actuels ne devaient avoir aucun résultat, le Conseil fédéral estimerait de son devoir de traiter la question des zones pour elle-même et de présenter à l'Assemblée fédérale dans la session qui suivrait l'échec éventuel de ces négociations, des propositions de nature à donner à la question des zones une solution apportant satisfaction à tous les intérêts en cause. Nous nous empressons de remercier le Conseil fédéral de l'attention qu'il a vouée à cette question qui nous préoccupe si vivement. Nous le remercions également des importantes communications qu'il a bien voulu nous faire et en prenons acte pour l'avenir avec reconnaissance. Toutefois, il nous est impossible de nous déclarer satisfaits par cette réponse, au sujet de laquelle nous devons faire d'expresses réserves et dégager entièrement notre responsabilité au point de vue des graves conséquences qui pourraient résulter dans le présent et dans l'avenir de la ligne de conduite adoptée par le Conseil fédéral. Qu'il nous soit permis de lui rappeler très respectueusement que nous considérons comme une grave erreur politique de la part de la Suisse, de lier la question des zones à celle de la reprise des négociations commerciales avec la France.

L'Assemblée fédérale a prouvé par son arrêté du 9 mai 1893<sup>7</sup> qu'elle comprenait l'impérieuse nécessité pour la Suisse de suivre, vis-à-vis des zones une politique d'équité et par conséquent de séparer nettement les régions des zones de la France douanière. Le principe de la disjonction des deux questions est donc tranché depuis cette époque.

Les mesures prises alors n'ont pas réussi — tout le monde le reconnaît. Un réel mécontentement existe et va chaque jour en s'accroissant dans les milieux intéressés.

La décision que nous avons sollicitée de vous avec tant d'insistance soit par notre office du 13 novembre dernier, soit dans notre conférence du 1<sup>er</sup> courant — solution consistant<sup>8</sup> à accorder unilatéralement et à bien plaisir le traitement du tarif conventionnel aux produits agricoles des zones, sans limitation des quantités et sous réserve des garanties de contrôle à déterminer, nous apparaît encore et toujours plus comme étant la seule solution véritablement conforme aux intérêts de la Suisse.

Ajourner cette solution, c'est s'exposer aux conséquences si sérieuses que nous vous avons indiquées le 1<sup>er</sup> ct. et dont nous ne saurions pour notre part assumer la responsabilité. — Nous reconnaissons volontiers tout ce qu'il y a de réjouissant dans votre communication confidentielle

---

5. *Signé*: Le Président: Dunant, Le Chancelier: Leclerc.

6. Cf. n° 158, annexe 1.

7. Cf. *FF*, 1893, II, pp. 1116—1120.

8. Cf. n° 156.

au sujet de la reprise des négociations commerciales avec la France. — Nous en étions déjà informés par des renseignements personnels et les journaux suisses (l'Ostschweiz du 14 ct. particulièrement) ont donné à ces faits une publicité qui ne vous aura sans doute pas échappé. — Vous comprendrez dès lors que tout en considérant, selon vos désirs votre communication comme strictement confidentielle, nous ne saurions être rendus responsables des indiscretions qui ont déjà été ou seront encore commises par d'autres que par nous.

Nous avons pleine confiance dans la sollicitude du Conseil fédéral pour faire aboutir ces négociations avec la France et sommes heureux de prendre acte des assurances qu'il nous donne à cet égard.

Le Conseil fédéral sait que notre population tout entière saluera ce résultat avec une vraie satisfaction, se félicitant de voir apporter une atténuation aux lourdes charges qu'elle a jusqu'ici patriotiquement supportées. Mais, il nous paraît difficile d'admettre que l'état des esprits en France se soit assez profondément modifié pour qu'on puisse aboutir à bref délai à conclure un arrangement acceptable par tous les intéressés en Suisse.

Cela étant, les négociations seront sans doute longues et laborieuses et bien des mois s'écouleront dans des alternatives diverses.

La solution des zones que nous vous demandons de ne pas subordonner à la reprise des négociations commerciales, deviendra toujours plus difficile sinon impossible.

Nous ne pouvons dès lors être ni rassurés ni tranquilisés par l'espérance de voir présenter à l'Assemblée fédérale, dans la session qui suivra l'échec éventuel des négociations — c'est-à-dire à une époque absolument indéterminée et probablement encore très éloignée, des propositions de nature à donner à la question des zones une solution conforme aux intérêts en cause.

C'est actuellement que cette solution devrait être apportée avant qu'il soit trop tard.

En vous exprimant ainsi en toute franchise et avec une entière conviction nos sentiments toujours plus raisonnés et sérieux, dans une question si importante non seulement pour notre canton, mais pour la Suisse tout entière, nous voulons encore fermement espérer que le Conseil fédéral écoutera l'appel patriotique que lui adresse un gouvernement confédéré.

Nous avons fait notre devoir; le Conseil fédéral est éclairé, il ne nous reprochera pas de ne pas l'avoir avisé en temps utile. — Nous n'aurons dès lors qu'à nous incliner devant ses décisions. Mais, si elles devaient continuer à ne pas tenir un compte suffisant de nos réels besoins, nous dégageons expressément notre responsabilité et ne répondons en aucune manière des conséquences déplorables qui pourraient en résulter. Il ne nous appartient pas plus de préjuger les résolutions que les députés de Genève à l'Assemblée fédérale croient devoir prendre pour tranquilliser notre population aux légitimes impatiences de laquelle le caractère confidentiel de votre communication nous empêche de donner une réponse.